Stenographisches Protokoll.

1. (Eröffnungs-)Sitzung der I. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Mittwoch, den 10. November 1954.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Saßmann (Seite 1).
2. Angelobung der Mitglieder des Landtages (Seite 2).
3. Wahl des Präsidenten (Seite 2).
4. Rede des Präsidenten Saßmann (Seite 2).
5. Wahl des zweiten und dritten Präsidenten (Seite 3).
6. Wahl von fünf Schriftführern und zwei Ordnern (Seite 3).
7. Wahl des Landeshauptmannes (Seite 3).
8. Angelobung des Landeshauptmannes (Seite 4).
9. Wahl von zwei Landeshauptmannstellvertretern (Seite 4).
10. Wahl der Mitglieder der Landesregierung (Seite 4).
11. Wahl der Mitglieder und Ersatzmänner des Bundesrates (Seite 5).
12. Rede des Landeshauptmannes Steinböck (Seite 5).
13. Rede des Abg. Dubovsky (Seite 6).
14. Rede des Vizepräsidenten Abg. Wondrak (Seite 8).
15. Rede des Abg. Hilgarth (Seite 11).

PRÄSIDENT SASSMANN *(um 11 Uhr):* Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der 28. Sitzung vom 21. September 1954, der letzten Sitzung der V. Wahlperiode, ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegen; es ist unbeanständet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als Präsident des Landtages, dessen Legislaturperiode nach der Verfassung mit dem gestrigen Tage zu Ende gegangen ist, habe ich die Verpflichtung, die Eröffnungssitzung des neugewählten Landtages zu leiten.

Ich begrüße die neu- und wiedergewählten Mitglieder des Landtages von Niederösterreich auf das herzlichste!

Nach einer verhältnismäßig kurzen Vorbereitung für die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler Niederösterreichs hat die Bevölkerung Niederösterreichs die Wahl darüber getroffen, welchen Frauen und Männern in den nächsten fünf Jahren die Geschicke unseres Heimatlandes anvertraut werden.

Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften kommt zweierlei Bedeutung zu. Sie sind Urteil über den Erfolg der Körperschaft in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode und zugleich richtungweisender Auftrag für die zukünftige Tätigkeit derselben. Daß so viele Vertreter aus dem alten Landtag wieder eingezogen sind, scheint mir ein besonderer Vertrauensbeweis der Wähler des Landes zu sein.

Die Mitglieder dieses Hauses, die dem neugewählten Landtag nicht mehr angehören, haben in den vergangenen schweren Jahren, in denen es galt, die staatlichen und wirtschaftlichen Grundlagen unseres Vaterlandes neu aufzubauen, ihre Pflicht erfüllt, wofür ihnen unser Dank gebührt. Den nachfolgenden neuen Mitgliedern des Landtages ist die Aufgabe gestellt, in die entstandenen Lücken einzutreten und ihre Vorgänger voll zu ersetzen. Ich wünsche den neuen Mitgliedern dieses Hauses, daß sich ihr Eintritt in das politische Leben im Rahmen dieses Hauses ersprießlich gestalten möge.

Wenn ich mich an die ausgeschiedenen und an die neuen Mitglieder gewendet habe, halte ich es nicht minder für meine Pflicht, auch der Mitglieder des früheren Landtages zu gedenken, die den Ablauf der Gesetzgebungsperiode nicht mehr erlebt haben. Zum Zeichen des Gedenkens an die nicht mehr unter uns weilenden Abgeordneten ersuche ich das Hohe Haus, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Es sind dies die Abgeordneten Reither, Vesely und Weber, deren große Verdienste bereits in die Geschichte dieses Hauses eingegangen sind und deren Andenken wir dadurch bewahren, daß sie uns Lebenden Vorbild für unsere Tätigkeit bleiben. Ich werde dieses Gedenken des Hohen Hauses im Protokolle vermerken lassen. *(Die Abgeordneten nehmen wieder ihre Plätze ein.)*

Ich habe anläßlich des Sessionsschlusses des Vorgängers dieses Landtages als hervorstechendstes Merkmal seines Wirkens dessen Objektivität bezeichnet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, der neue Landtag möge diese Tradition fortsetzen. Wenn ich diesen Wunsch nun auch vor Ihnen, meine Damen und Herren, wiederhole und Sie bitte, bei Ihren künftigen Arbeiten stets das Wohl unseres Landes im Auge zu behalten, sind Sie meiner Überzeugung nach auf dem besten Wege, den Ihnen durch die Wahl erteilten Auftrag der Bevölkerung Niederösterreichs zu erfüllen.

Wir gelangen zu Punkt 2 der Tagesordnung, Angelobung der Mitglieder des Landtages.

Gemäß § 5 der Geschäftsordnung des niederösterreichischen Landtages sind von mir als Vorsitzenden der Eröffnungssitzung die zwei jüngsten anwesenden Mitglieder zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer zu berufen. Ich habe feststellen lassen, daß die zwei

jüngsten Mitglieder des neugewählten Landtages die Herren Abg. Neubauer und Pospischil sind. Ich berufe daher die beiden Abgeordneten zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer bis zur Neuwahl des Büros des Hauses.

Ich bitte den Herrn Abg. Neubauer die Angelobungsformel zu verlesen. *(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen).*

ABG. NEUBAUER *(verliest die Angelobungsformel):* „Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten." *(Die Abgeordneten nehmen wieder ihre Plätze ein.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich bitte die Herren Abgeordneten, bei Aufruf des Namens die Angelobung mit den Worten: „Ich gelobe" zu leisten. Ich ersuche um die Namensverlesung.

(Über Namensaufruf durch die Schriftführer Neubauer und Pospischil leisten die Abg. Anderl, Bachinger, Brachmann, Buchinger, Cipin, Czerny, Dienbauer, Dubovsky, Endl, Fehringer, Fuchs, Gerhartl, Grabenhofer, Dr. Haberzettl, Hainisch, Hilgarth, Dipl.-Ing. Hirmann, Hobiger, Hrdlicka, Hrebacka, Kargl, Kuntner, Laferl, Lauscher, Marchsteiner, Marwan-Schlosser, Mitterhauser, Müllner Viktor, Müllner Franz, Nagl, Neubauer, Nimetz, Pettenauer, Pinkernell, Popp, Pospischil, Sassmann, Scherrer, Schmalzbauer, Schöberl, Schwarzott, Sigmund, Staffa, Stangler, Steinböck, Dr. Steingötter, Stika, Stoll, Tatzber, Tesar, Waltner, Weiß, Wenger, Wiesmayr, Wondrak und Zeyer, die Angelobung mit den Worten: „Ich gelobe".)

Wir gelangen zu Punkt 3 der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten. Die Wahl wird nach § 54, Abs. 3, der Geschäftsordnung unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mit dem Stimmzettel vorgenommen. Ich bitte, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen der Herren Abgeordneten aufliegen, auszufüllen und nach Aufruf abzugeben. Ich bitte einen der Herren Schriftführer den Namensaufruf vorzunehmen.

(Nach erfolgter Abgabe der Stimmzettel über Namensaufruf durch die beiden Schriftführer Neubauer und Pospischil und Zählung der Stimmzettel): Die Stimmenzählung hatte folgendes Ergebnis: Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben, davon sind 3 leer, daher ungültig. Ein Stimmzettel ist ungültig, weil einer der Herren Abgeordneten den Stimmzettel für die Wahl des 2. Präsidenten in die Wahlurne geworfen hat. Ich kann daher feststellen, daß mit 52 gültigen Stimmen der Abg. Sassmann zum ersten Präsidenten gewählt ist. Somit ist meine Person zum Präsidenten des niederösterreichischen Landtages gewählt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit dem eben vollzogenen Wahlakt hat der neugewählte Landtag mich zu seinem ersten Präsidenten gewählt. Ich erkläre, die auf mich gefallene Wahl anzunehmen und übernehme das Amt und die Würde des Vorsitzenden dieser hohen Körperschaft.

Ich bin mir dessen bewußt, daß mit der Funktion eines Präsidenten des Landtages weniger Rechte als besondere Pflichten verbunden sind. Es obliegt mir, wie die Geschäftsordnung sagt, vorzüglich, die Rechte und die Würde des Hauses zu wahren und die Verhandlungen des Landtages zu leiten. Da mir die Ehre zuteil geworden ist, mit ihrer heutigen Wahl dieses Amt bereits das dritte Mal inne zu haben, darf ich mich auf die Erklärung beschränken, daß ich so wie bisher bestrebt sein werde, als Präsident den Vorsitz in sachlicher Weise zu führen und jederzeit für die Rechte des Landtages einzutreten.

Die österreichischen Landtage, die seit Jahrhunderten bei aller Verschiedenheit ihrer verfassungsmäßigen Grundlagen eine ehrenreiche Geschichte aufweisen, bilden heute die Eckpfeiler unserer Bundesverfassung. In ihnen wurden schon zur Zeit vor 1919 gegenüber dem Landesherrn die Grundlagen der späteren Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden entwickelt, die auch erhalten geblieben sind, als die Staatsform Österreichs nach dem ersten Weltkrieg geändert wurde.

Wenn ich diese Tatsache erwähne so nur deshalb, weil unser Volk schon durch seine Geschichte beweisen kann, daß es seine Angelegenheiten selbst zu verwalten imstande ist und wahrhaftig eines Vormundes nicht bedarf. Selbst wenn jemand wegen eines uns mit Gewalt von außen aufgezwungenen, österreichischem Wesen nicht entsprechenden Interregnums meinen könnte, dieses Volk müßte erst zur Demokratie erzogen werden, haben wir in drei vorbildlich durchgeführten Wahlen in alle gesetzgebenden Körperschaften und durch die unter schwierigsten Verhältnissen durchgeführte Aufbauarbeit gezeigt, daß wir uns selbst verwalten können. Gerade weil ich die Rechte und die Würde dieses Hauses zu bewahren habe, muß ich mit Bedauern von dieser Stelle aus feststellen, daß die Erwartung, die ich bei der Eröffnungssitzung des Landtages im Jahre 1949 ausgesprochen habe, uns von der Beschämung weiterer militärischer Besetzung zu befreien und Herr im eigenen Hause sein zu können, nach fünf weiteren Jahren nicht in Erfüllung gegangen ist; was schon damals als Unrecht empfunden wurde, ist heute zu einer Angelegenheit des Weltgewissens geworden. Einem Kulturvolk, dem die Welt viele und schöne Werke des Geistes und der Kunst verdankt, kann auf die Dauer seine Freiheit, auf die es sogar einen verbürgten Anspruch hat, nicht vorenthalten werden.

Ich habe schon gesagt, daß das Land unter widrigen Umständen seinen Wiederaufbau nach

dem zweiten Weltkriege durchführen mußte; wir haben in den letzten Jahren weitere Rückschläge durch Elementarkatastrophen größten Ausmaßes erlitten; unser Volk hat gezeigt, daß es auch solche Schwierigkeiten politisch und wirtschaftlich zu meistern versteht und sich in seinem Aufstieg durch nichts hindern läßt.

Die Führung dieses Staates bedroht niemanden in dieser Welt. Unser Volk hat eine tiefe Sehnsucht nach Frieden und den aufrichtigen Wunsch, die Wunden, die ihm ohne seine Schuld geschlagen wurden, zu heilen. Unser Beitrag, Haß und Mißtrauen in der Welt abzubauen, kann nur moralischer Natur sein. Die Großen der Welt mögen daher darnach sehen, daß unserem Volk endlich die Freiheit gegeben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir gelangen zu Punkt 4 der Tagesordnung: Wahl des zweiten und dritten Präsidenten. Wir nehmen zuerst die Wahl des zweiten Präsidenten vor. Ich bitte die Mitglieder des Landtages bei Namensaufruf den Stimmzettel in die bereitstehende Urne zu legen. Ich ersuche die Herren Schriftführer um Verlesung der Namensliste.

(Nach erfolgter Abgabe der Stimmzettel über Namensaufruf durch die Schriftführer Neubauer und Pospischil und Zählung der Stimmzettel): Abgegeben wurden 56 Stimmzettel, davon sind 4 Stück leer, daher ungültig. Es wurde der Herr Abg. Josef Wondrak mit 52 Stimmen zum zweiten Präsidenten des Landtages gewählt. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich frage den Herrn Abg. Wondrak, ob er die Wahl annimmt?

ABG. WONDRAK: Ja.

PRÄSIDENT SASSMANN: Wir nehmen nun die Wahl des dritten Präsidenten vor. Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, bei Namensaufruf den Stimmzettel in die bereitstehende Urne zu legen. Ich ersuche einen der Herren Schriftführer um Verlesung der Namensliste.

(Nach erfolgter Abgabe der Stimmzettel über Namensaufruf durch die Schriftführer Neubauer und Pospischil und Zählung der Stimmzettel): Abgegeben wurden 55 Stimmzettel; davon sind 3 leer, daher ungültig. Es wurde mit 52 Stimmen der Herr Abg. Johann Endl zum dritten Präsidenten des Landtages gewählt. Ich frage den Herrn Abg. Endl, ob er die Wahl annimmt?

ABG. ENDL: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Damit sind die drei Präsidenten des Landtages gewählt. Ich bin überzeugt, daß der zweite und der dritte Präsident mir durch ihre wertvolle Hilfe die Erfüllung meiner Pflichten als Präsident dieses Hauses erleichtern werden.

Wir gelangen zu Punkt 5 der Tagesordnung: Wahl von 5 Schriftführern und 2 Ordnern. Diese Wahl wird ohne Namensaufruf mittels Stimmzettel vorgenommen. Ich bitte die Herren Abgeordneten die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, auszufüllen und abzugeben.

(Nach erfolgter Abgabe der Stimmzettel): Ich bitte die Herren Schriftführer das Skrutinium vorzunehmen. Zu diesem Zwecke unterbreche ich die Sitzung auf kurze Zeit.

(Unterbrechung der Sitzung um 11 Uhr 40 Minuten — Nach Zählung der Stimmzettel und Wiederaufnahme der Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten): Abgegeben wurden 56 Stimmzettel, davon waren 3 leer, daher ungültig. Bei den 53 gültigen Stimmzetteln sind in 3 Fällen Streichungen vorgenommen worden. Je einmal wurde Abg. Stangler und Abg. Staffa gestrichen und einmal Abgeordneter Fehringer als Ordner. Ich stelle somit fest, daß mit Mehrheit der Wahlvorschlag für die Schriftführer und Ordner angenommen wurde. Zu Schriftführern wurden gewählt: Abg. Josef Marchsteiner, Josef Scherrer, Franz Stangler, Franz Staffa und Emil Kuntner. Zu Ordnern wurden gewählt Abg. Alois Fehringer und Konrad Nimetz.

Das Büro des Landtages, bestehend aus den Präsidenten, den Schriftführern und den Ordnern ist somit gewählt.

Ich ersuche 2 der neugewählten Schriftführer ihr Amt sofort anzutreten und zwar die Herren Abg. Marchsteiner und Staffa. Ich danke den beiden provisorischen Schriftführern für ihre Arbeit.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung: Wahl des Landeshauptmannes. Nach Artikel 30 der Landesverfassung wird der Landeshauptmann vom Landtage in einem besonderen Wahlgange mit einfacher Mehrheit gewählt. Nach § 54, Absatz 3, der Geschäftsordnung des Landtages muß diese Wahl unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mit dem Stimmzettel vorgenommen werden. Der dem Präsidium überreichte Wahlvorschlag lautet auf Herrn Abg. Johann Steinböck.

Ich bitte die Mitglieder des Landtages, bei Namensaufruf den Stimmzettel in die Urne zu legen. Die Herren Schriftführer ersuche ich, die namentliche Aufrufung der Landtagsmitglieder vorzunehmen.

(Über Namensaufruf durch die Schriftführer Marchsteiner und Staffa geben die Abgeordneten Anderl, Bachinger, Brachmann, Buchinger, Cipin, Czerny, Dienbauer, Dubovsky, Endl, Fehringer, Fuchs, Gerhartl, Grabenhofer, Dr. Haberzettl, Hainisch, Hilgarth, Dipl.-Ing. Hirmann, Hobiger, Hrdlicka, Hrebacka, Kargl, Kuntner, Laferl, Lauscher, Marchsteiner, Marwan-Schlosser, Mitterhauser, Müllner Viktor, Müllner Franz, Nagl, Neubauer, Nimetz, Pettenauer, Pinkernell, Popp, Pospischil, Sassmann, Scherrer, Schmalzbauer,

Schöberl, Schwarzott, Sigmund, Staffa, Stangler, Steinböck, Dr. Steingötter, Stika, Stoll, Tatzber, Tesar, Waltner, Weiß, Wenger, Wiesmayr, Wondrak und Zeyer, die Stimmzettel in die Urne.)

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, ich bitte die Herren Schriftführer um die Feststellung des Wahlergebnisses und unterbreche zu diesem Zweck die Sitzung auf kurze Zeit.

(Unterbrechung der Sitzung um 11 Uhr 50 Minuten — Nach Zählung der Stimmzettel und Wiederaufnahme der Sitzung um 11 Uhr 54 Minuten): Die Stimmenzählung hat folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 56 Stimmen, davon 26 leer, daher ungültig. 30 Stimmzettel lauten auf Abg. Steinböck. Somit ist Herr Abg. Johann Steinböck mit 30 Stimmen zum Landeshauptmann von Niederösterreich gewählt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich frage den Herrn Abgeordneten, ob er die auf ihn gefallene Wahl annimmt.

LANDESHAUPTMANN STEINBÖCK: Ich nehme die Wahl an.

PRÄSIDENT SASSMANN: Nach Artikel 31 des Landesverfassungsgesetzes für das Land Niederösterreich in der Fassung von 1930, Landesgesetzblatt Nr. 14 vom 16. August 1930, hat der Landeshauptmann vor Antritt seines Amtes vor dem Landtag das Gelöbnis zu leisten.

Geloben Sie Herr Landeshauptmann, daß Sie die Verfassung und alle Gesetze des Landes getreu beobachten und Ihre Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werden? *(Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.)*

LANDESHAUPTMANN STEINBÖCK: Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes getreu beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe! *(Die Abgeordneten nehmen wieder ihre Plätze ein.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Wir gelangen zu Punkt 7 der Tagesordnung: Wahl der beiden Landeshauptmannstellvertreter. Nach Artikel 30 des Landesverfassungsgesetzes in der Fassung von 1930 werden die beiden Landeshauptmannstellvertreter, die den beiden stärksten Parteien zu entnehmen sind, in einem zweiten Wahlgang mit einfacher Mehrheit gewählt. Nach § 54, Abs. 3, der Geschäftsordnung des Landtages muß auch diese Wahl unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel vorgenommen werden.

Der dem Präsidium überreichte Wahlvorschlag lautet auf Herrn Abg. Ing. August Kargl von der Österreichischen Volkspartei und auf Herrn Abg. Franz Popp von der Sozialistischen Partei Österreichs. Ich bitte die Mitglieder des Landtages bei Namensaufruf die Stimmzettel in die bereitstehende Urne zu legen und ersuche den Schriftführer Herrn Abg. Staffa die Namensverlesung vorzunehmen. *(Über Namensaufruf durch Schriftführer Abg. Staffa legen die Abgeordneten die Stimmzettel in die Urne.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, ich ersuche um Feststellung des Stimmenergebnisses und unterbreche die Sitzung auf kurze Zeit.

(Unterbrechung der Sitzung um 11 Uhr 59 Minuten — Nach Zählung der Stimmzettel und Wiederaufnahme der Sitzung um 12 Uhr 4 Minuten): Die Wahl hat folgendes Ergebnis gehabt: Abgegeben wurden 56 Stimmzettel. Davon entfielen auf den Wahlvorschlag der ÖVP., Herrn Abg. Ing. August Kargl, 30 Stimmen, 26 Stimmzettel waren leer, sie sind daher ungültig. Auf den Wahlvorschlag der SPÖ., Herrn Abg. Franz Popp, entfielen 23 Stimmen; 33 Stimmzettel waren leer, sie sind daher ungültig.

Es sind somit die Herren Abg. Ing. August Kargl und Abg. Franz Popp als gleichberechtigte Landeshauptmannstellvertreter gewählt. Ich frage die beiden Herren, ob sie die auf sie entfallende Wahl annehmen?

ABG. ING. KARGL: Ich nehme die Wahl an.

ABG. POPP: Ich nehme die Wahl an.

PRÄSIDENT SASSMANN: Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung: Wahl der übrigen vier Mitglieder der Landesregierung. Nach Artikel 30 des Landesverfassungsgesetzes werden die Mandate der übrigen vier Mitglieder der Landesregierung auf die einzelnen Parteien im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl aufgeteilt.

Der Wahlvorschlag der ÖVP. lautet auf die Herren Abg. Viktor Müllner und Johann Waltner.

Der Wahlvorschlag der SPÖ. lautet auf die Herren Abg. Hans Brachmann und Felix Stika.

Nach § 54, Abs. 3, der Geschäftsordnung des Landtages muß diese Wahl unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel vorgenommen werden. Die Stimmzettel liegen auf den Plätzen der Herren Abgeordneten und ich bitte die Mitglieder des Landtages, den Stimmzettel in die bereitstehende Urne zu legen. Die Herren Schriftführer bitte ich um Verlesung der Namensliste. *(Über Namensaufruf durch die Schriftführer Marchsteiner und Staffa legen die Abgeordneten die Stimmzettel in die Urne.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich ersuche die Herren Schriftführer das Skrutinium vorzunehmen. Zu diesem Zwecke unterbreche ich die Sitzung auf kurze Zeit.

(Unterbrechung der Sitzung um 12 Uhr 8 Minuten — Nach Zählung der Stimmzettel und Wiederaufnahme der Sitzung um 12 Uhr 12 Minuten): Die Stimmenzählung hat folgendes Ergebnis: Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben;

davon entfielen auf den Wahlvorschlag der ÖVP., Herrn Abg. Viktor Müllner und Herrn Abgeordneten Johann Waltner, 30 Stimmen. 26 Stimmzettel waren leer, sind daher ungültig. Auf den Wahlvorschlag der SPÖ., Herrn Abg. Brachmann und Herrn Abg. Stika, entfielen 23 Stimmen; 33 Stimmzettel waren leer, sind daher ungültig. Es sind somit als Mitglieder der Landesregierung gewählt die Herren Abgeordneten Viktor Müllner, Waltner, Brachmann und Stika.

Ich frage den Herrn Abg. Müllner, ob er die Wahl annimmt?

ABG. VIKTOR MÜLLNER: Ich nehme an.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich frage den Herrn Abg. Waltner, ob er die Wahl annimmt?

ABG. WALTNER: Ich nehme an.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich frage den Herrn Abg. Brachmann, ob er die Wahl annimmt?

ABG. BRACHMANN: Ich nehme an.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich frage den Herrn Abg. Stika, ob er die Wahl annimmt?

ABG. STIKA: Ich nehme an.

PRÄSIDENT SASSMANN: Somit ist die Landesregierung von Niederösterreich bestellt. Die Angelobung der beiden Herren Landeshauptmannstellvertreter und der Herren Landesräte auf die Bundes- und Landesverfassung hat in der ersten Sitzung der neuen Landesregierung stattzufinden.

Wir gelangen nunmehr zu Punkt 9 der Tagesordnung: Wahl der Mitglieder und Ersatzmänner des Bundesrates. Ich bitte die Herren Abgeordneten die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, auszufüllen und abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel):* Ich ersuche die Herren Schriftführer die Stimmenzählung vorzunehmen und unterbreche die Sitzung auf kurze Zeit.

(Unterbrechung der Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten — Nach Stimmenzählung und Wiederaufnahme der Sitzung um 12 Uhr 17 Min.): Abgegeben wurden 56 Stimmzettel, 3 waren leer, daher ungültig. Mit allen 53 gültigen Stimmen wurden in den Bundesrat als Mitglieder gewählt:

Für die Österreichische Volkspartei: Theodor Eggendorfer, Otto Wallig, Johann Kuchner, Dr. Georg Prader, Karl Etlinger.

Für die Sozialistische Partei Österreichs: Hans Handl, Franz Brand, Karl Flöttl, Josef Pfaller.

Als Ersatzmänner wurden gewählt:

Für die Österreichische Volkspartei: Karl Simlinger, Karl Fachleutner, Heinrich Ott, Josef Scheidl, Ignaz Führer.

Für die Sozialistische Partei Österreichs: Karl Scherpon, Franz Karpf, Ferdinand Chaloupek, Karl Stibernitz.

Zum Worte gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Steinböck. Ich erteile es ihm.

LANDESHAUPTMANN STEINBÖCK: Hoher Landtag! Nach einem ruhigen und sachlichen Wahlkampf — einige Entgleisungen ausgenommen —, der wieder einmal die politische Reife Österreichs bewiesen hat, haben Sie sich als die neugewählten Mandatare des Landes in diesem altehrwürdigen Saal eingefunden, dessen Tradition schon für jeden von uns eine besondere Verpflichtung sein muß. Das stabile Wahlergebnis und die Tatsache, daß auch in der bevorstehenden Legislaturperiode die Sitze an der äußersten Rechten freibleiben, sind der Beweis dafür, daß die Bevölkerung Niederösterreichs Taten anerkennt und radikale Strömungen und Experimente ablehnt.

Der Präsident des Hohen Hauses hat Sie alle bereits herzlichst begrüßt und denen, die in der neuen Volksvertretung nicht mehr mitarbeiten können, für ihre Arbeit gedankt. Auch ich begrüße Sie als Landeshauptmann aus ganzem Herzen. Vor allem freut es mich, daß unter den Abgeordneten, die zum erstenmal in dieses Haus einziehen, so viele junge Gesichter zu sehen sind.

Wenn man die Leistungen der abgelaufenen Legislaturperiode näher betrachtet, muß ein objektiver Beobachter zugeben, daß in diesen fünf Jahren manches geleistet wurde. Diese Leistungen konnten nur erreicht werden, weil die Abgeordneten ohne Unterschied der Parteien, wenn es um das Wohl des Landes und seiner Bevölkerung ging, immer zu einer positiven Zusammenarbeit bereit waren. Ich glaube, wir könnten mit keinem besseren Vorsatz die neue Arbeit beginnen, als wenn wir uns vornehmen, auch in den kommenden fünf Arbeitsjahren mit gleicher Objektivität an die Probleme heranzugehen. Ich habe vor fünf Jahren am 18. November in meiner Regierungserklärung eine ganze Reihe von notwendigen Arbeiten angekündigt. Ich kann Ihnen heute mit ruhigem Gewissen erklären: Soweit die Dinge Angelegenheiten des Landtages und der Landesregierung waren, sind sie erfüllt worden, oder stehen in Durchführung. Der Landtag hat in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode durch seine Arbeit eine feste Grundlage geschaffen, auf der wir zuversichtlich weiterbauen können.

In der vergangenen Woche haben die ersten Jahrgänge der bäuerlichen Jugend begonnen, ihre landwirtschaftliche Berufsschulpflicht, für die der Landtag die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen hat, zu erfüllen. Wir haben in den letzten Jahren unser landwirtschaftliches Berufs- und Fortbildungs- sowie Fachschulwesen so ausgebaut, daß Fachleute aus anderen Bundesländern, ja sogar aus dem Ausland nach Niederösterreich kommen, um unser Schulwesen zu studieren. Doch nicht nur für eine gediegene Berufsausbildung in

der Landwirtschaft ist gesorgt, auch unsere gewerblichen Fach- und Berufsschulen können sich sehen lassen. Auch in den kommenden Jahren soll uns für unsere Jugend das Beste gerade genug sein. Wir werden daher neben dem Pflichtschulwesen, dessen weiteren Ausbau der Schulbaufonds garantiert, auch weiterhin der beruflichen Ausbildung der schulentwachsenen Jugend unser ganzes Augenmerk schenken.

Trotz einer gewissen Umschichtung in der Struktur der Bevölkerung des Landes in den letzten 15 Jahren wird niemand ernstlich bestreiten, daß Niederösterreich nach wie vor Agrarland ist. Es werden daher auch in den kommenden Jahren wieder sehr viele bäuerliche Probleme vom Landtag zu bewältigen sein. Wir werden weiterarbeiten, um hochwassergefährdete Gebiete, soweit dies möglich ist und soweit es die Finanzkraft des Landes zuläßt, vor Katastrophen schützen. Im Kampf um das 10. Bundesland durch Ent- und Bewässerungsarbeiten werden wir unsere Spitzenstellung unter den Bundesländern zu behaupten trachten und sie weiter ausbauen.

Unser Elektrifizierungsprogramm, durch das in den letzten Jahren 17.000 Objekte die Vorteile von Licht- und Kraftstrom erhielten, wird nicht eher eingestellt, als bis das letzte Dörfchen an das Stromnetz angeschlossen ist. Wir werden aber auch die erfolgreichen Maßnahmen in der Gewerbeförderung fortsetzen und so wie bisher für die Nöte und Sorgen der öffentlichen Bediensteten Verständnis aufbringen, denn wir wollen daran arbeiten, daß dieses Land eine glückliche Heimat von Menschen aller Berufsschichten wird.

In diesen Tagen wurde auch auf niederösterreichischem Boden an Autobahnobjekten die Arbeit aufgenommen; auch an der Wachaustraße wird fleißig gearbeitet. Aufgabe des Landes wird es sein, dem Ausbau der lokalen Verkehrswege ein besonderes Augenmerk zu schenken. Ich denke vor allem an die vielen Bezirksstraßen, die der Belastung eines modernen Verkehrs nicht mehr gewachsen sind. Niederösterreich ringt auch heute noch um seine alte Stellung als Fremdenverkehrsland. Soweit es in unserer Macht liegt, wollen wir uns weiterhin bemühen, diese Stellung zurückzuerobern. Dazu gehört eben neben dem Ausbau der Fremdenverkehrsbetriebe auch die Modernisierung der Fremdenverkehrswege.

So wie das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht auf Arbeit zu den demokratisch garantierten Grundrechten gehört, so sollte auch das Recht des Menschen auf eine gesunde Wohnung gewertet werden. Die Wohnbauförderung des Landes, die schon in den letzten Jahren so schöne Erfolge gezeitigt hat, wird daher noch weiter ausgebaut werden müssen. Weil jeder Bürger, ohne Unterschied des Standes, gesunden Wohnraum beanspruchen kann, haben wir die Wohnbauförderung auch auf die bäuerlichen Betriebe ausgedehnt. Auch diese Aktion soll in den kommenden Jahren erweitert werden.

Zum gesunden Wohnen gehören die entsprechenden sanitären Einrichtungen. Die niederösterreichischen Gemeinden können versichert sein, daß ihnen so wie bisher das Land beim Bau von Wasserleitungen und Kanalisationen helfen wird.

Hohes Haus! Ich habe Ihnen einige Aufgaben skizziert, die bewältigt werden müssen. Dazu werden bestimmt noch Probleme treten, die die jeweilige Situation mit sich bringt. Stellen wir unsere ganze Tätigkeit unter das Motto: Wir wollen uns bemühen, für jeden Niederösterreicher, der arbeiten will, Arbeit zu schaffen, und wir werden auch in den kommenden Jahren den richtigen Weg gehen.

Das ewige Betteln um Österreichs Freiheit wird langsam schon langweilig. Doch wenn diese Forderung von Niederösterreich kommt, so wird man sie ganz besonders verstehen. Der erste Appell, den der neue Landtag an die Weltöffentlichkeit richtet, muß daher auch diesmal wieder lauten: Gebt uns endlich die vor 10 Jahren versprochene Freiheit und Souveränität wieder.

Als ich zum ersten Male durch das Vertrauen des Landtages zum Landeshauptmann gewählt wurde, habe ich erklärt: Als einfacher Bauer bin ich kein Freund von vielen Worten, sondern ein Mensch der Tat. Diesem Satz habe ich auch für die Zukunft nichts hinzuzufügen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abg. Dubovsky.

ABG. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Mit der heutigen ersten Sitzung des niederösterreichischen Landtages beginnt die dritte Wahlperiode seit dem Jahre 1945. Wir werden in dieser Wahlperiode unserer Politik treu bleiben, unserer Politik, alles Positive, im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung Liegende, zu unterstützen und allem Negativen, den Interessen der niederösterreichischen Bevölkerung Widersprechenden, unseren Kampf anzusagen.

Es freut mich, daß der Herr Landeshauptmann in seinen einleitenden Worten festgestellt hat, daß der Wahlkampf ein sachlicher gewesen ist, weil gerade der Wahlkampf, wie er zwischen den beiden Regierungsparteien geführt wurde, die Bestätigung all dessen gebracht hat, was wir in der vergangenen Landtagsperiode hier in diesem Saale als falsch und den Interessen der Bevölkerung widersprechend aufgezeigt haben. Wir müssen uns daran erinnern, was in diesem Wahlkampf bezüglich der Verwaltung, der Personalpolitik und so weiter alles aufgezeigt wurde, wie aufgezeigt wurde, mit welchen Methoden hier in der niederösterreichischen Landesregierung gearbeitet wird. Alle diese Dinge, wie auch unsere Forderungen nach mehr Kontrolle, mehr Sauberkeit in der Ver-

waltung, haben nur das bestätigt, was wir in den vergangenen Jahren immer wieder erklärten und was Sie hier, wenn es darum gegangen war, diese Dinge abzustellen, immer bestritten haben.

Der Wahlkampf hat aber auch noch etwas anderes gezeigt. Er hat das bestätigt, was wir all die Jahre hier schon gespürt haben: Das schleichende Vorstoßen der reaktionären und faschistischen Kräfte in die gesamte Politik des Landes Niederösterreich. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sie können darüber lachen soviel Sie wollen, Tatsachen können Sie nicht aus der Welt schaffen. Beim nächsten Wahlkampf werden Sie sich wahrscheinlich ebenso dessen rühmen, wie Sie sich in diesem Wahlkampf bereits zu den ehemaligen Faschisten bekannt haben. Heute schon sind gerade in der Österreichischen Volkspartei Kräfte am Werk, die versuchen, das Hakenkreuz mit dem Kruckenkreuz unter das Heimwehrhütl zu bringen, um ihre Politik, die in der Vergangenheit schon einmal ähnlich gewesen ist und zum Untergang Österreichs führte, neuerdings durchführen zu können.

Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir dieser Politik unseren schärfsten Widerstand entgegensetzen werden, daß wir alles daransetzen werden, um dieser Politik Einhalt zu gebieten, umsomehr weil diese Politik nicht zufällig in eine Zeit fällt, in der auch von außen her neuerdings versucht wird, die Unabhängigkeit Österreichs anzutasten. Wie das jüngste Urteil des westdeutschen Bundesgerichtshofes zeigt, sind ernste Kräfte am Werk, die neuerlich darauf aus sind, aus Österreich wieder die Ostmark Westdeutschlands zu machen und die Unfreiheit über Österreich zu bringen, ja Österreich überhaupt auszuradieren. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir allen diesen Bestrebungen unseren stärksten, unseren heftigsten Widerstand entgegensetzen werden.

Wir haben heute erlebt, daß jede Parteifraktion nur für ihre Regierungsmitglieder gestimmt hat, so wie es genau vor fünf Jahren war. Damals war aber 14 Tage später schon wieder alles in Butter, und es wurde gemeinsame Politik gemacht. Aber diese Methode soll ja nur ein Alibi für später sein, wenn Sie sagen, Sie gehen nicht miteinander, Sie machen keine gemeinsame Politik, Sie haben ja nicht einmal gegenseitig für Ihre Regierungskandidaten gestimmt. Die Redner der sozialistischen Partei sind wohl — allerdings nur 14 Tage vor den Wahlen — ausgezogen, um die schwarze Reaktion in Niederösterreich zu brechen. Die letzten fünf Jahre wäre aber Zeit genug gewesen, hier wirklich einen ernsten Kampf gegen die reaktionären Kräfte in Niederösterreich zu führen! Aber immer wieder haben wir gesehen, daß die gemeinsame Politik für die sozialistische Fraktion höherstehend war, als der Kampf gegen die Reaktion. Der unmittelbar vor den Wahlen begonnene Kampf gegen die Reaktion war daher nicht mehr als ein Wahlschlager der SPÖ. Auf diese Art und Weise kann man die Reaktion nicht schlagen, umso weniger die sozialistische Fraktion, die bereits in der Vergangenheit, wo sie wenigstens noch nach außenhin zum Marxismus gestanden ist, bewiesen hat, daß nicht sie die Reaktion, sondern daß die Reaktion die sozialistische Partei geschlagen hat. Heute, wo die SPÖ. den Marxismus mehr oder weniger über Bord geworfen hat, wo der Sozialismus zu einer leeren Phrase geworden ist, heute ist man dazu noch viel weniger imstande als in der Vergangenheit. Wenn man so hochtönende Worte hört, wie gerade bei den Wahlen aus dem Munde des Bürgermeisters Jonas: Die Österreichische Volkspartei ist eine Schwindelpartei, dann gilt das alte Sprichwort: „Sag' mir wer deine Freunde sind und ich sage dir wer du bist."

Die letzte Sitzung der niederösterreichischen Arbeiterkammer hat dieses Sprichwort aufs Neue bestätigt. Während man noch vor vier Wochen den Kampf gegen die Reaktion geführt hat, hat die sozialistische Fraktion der Arbeiterkammer, deren Mitglieder hier sitzen, der ÖVP.-Fraktion, der Reaktion in der Arbeiterkammer, obwohl sie dort vier Mandate verloren hat, ein zweites Vorstandsmitglied eingeräumt und der zweitstärksten Fraktion nur ein Mandat zugestanden. So schaut also der Kampf aus. Hier sieht man durch die Wirklichkeit bestätigt, wie richtig dieses Sprichwort ist: „Sag' mir wer deine Freunde sind und ich sage dir wer du bist." Also, die Österreichische Volkspartei, die Schwindelpartei, ist der Freund der SPÖ. in der Arbeiterkammer.

Wir wissen, daß in der kommenden Landtagsperiode eine Reihe entscheidender Aufgaben vor uns stehen wird. Es wird nach wie vor die Frage der Benachteiligung Niederösterreichs auf der Tagesordnung stehen, weil sie unserem Bundesland Hunderte von Millionen Schilling entzogen hat, und zwar durch geringere direkte Zuteilungen aus öffentlichen Mitteln, und auch in der Form, daß von Seiten der Bundesregierung in Niederösterreich keine großen öffentlichen Investitionen durchgeführt worden sind.

Wir haben in dieser Wahlperiode auch dafür zu sorgen, daß die Versprechungen, die den Bewohnern der Randgemeinden von Seiten der Regierungsparteien gemacht wurden, auch tatsächlich eingehalten werden. Schon beginnt zum Beispiel ein Drahtziehen um das Mödlinger Spital, schon sind eine Reihe von Verschlechterungen in den Randgemeinden eingetreten, sodaß es Aufgabe des niederösterreichischen Landtages sein wird, dafür zu sorgen, daß in den Randgemeinden tatsächlich solche Voraussetzungen geschaffen werden, daß die Rückkehr ihrer Bewohner zu Niederösterreich ohne irgend eine Einbuße erfolgt. Vor allem muß sich der Landtag dazu aufraffen, den Willen der Bewohner der Rand-

gemeinden zu respektieren und ihm Rechnung zu tragen.

Beide Regierungsparteien haben kurz vor den Landtagswahlen noch versucht, dem Produkt, das ihrer Ehe entsprungen ist, dem WdU., in den Randgemeindeausschüssen Eingang zu verschaffen. Die Wahlen haben nun gezeigt, wie falsch dies gewesen ist, denn der WdU. wurde von der Bevölkerung abgelehnt, und er hat daher keine Berechtigung, in den Gemeindeausschüssen der Randgemeinden tätig zu sein, umso weniger als gerade von den Sprechern beider Regierungsparteien immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die Zusammensetzung der provisorischen Gemeindeausschüsse in den Randgemeinden vom Ausgang der Landtagswahlen abhängen wird.

Wir wissen von dem großen Unglück, das Niederösterreich Mitte Juli des heurigen Jahres durch das Hochwasser betroffen hat. Wir wissen, daß es hier noch sehr viel zu tun gibt, um die Schäden, die diese Katastrophe angerichtet hat, auch nur einigermaßen gut zu machen. Wir werden ununterbrochen dafür eintreten, daß die Forderungen der Hochwassergeschädigten erfüllt und daß möglichst eine vollständige Wiedergutmachung der Hochwasserschäden, zumindest bei den kleinen Leuten herbeigeführt wird.

Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe anderer dringender Probleme. Wir stehen jetzt vor Beginn des Winters, und die Frage der Winterarbeitslosigkeit ist äußerst dringend geworden. Ich glaube, daß der Landtag sehr bald zu einer weiteren Sitzung zusammentreten wird müssen, um sich mit der Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit eingehend zu beschäftigen und die entsprechenden Mittel für eine wirksame Bekämpfung dieser Winterarbeitslosigkeit bereitzustellen.

Es ist die Frage der Schaffung von Wohnraum, des Ausbaues unseres Straßennetzes und eine Reihe wirtschaftlicher Fragen zu lösen, die dazu dienen sollen, die Entwicklung in Niederösterreich vorwärts zu führen, um Niederösterreich nicht nur zum schönsten, sondern auch zu einem wirtschaftlich gesunden Teil Österreichs zu gestalten. Dazu ist es aber notwendig, daß eine Zusammenarbeit aller Parteien in allen Angelegenheiten erfolgt, denn wir müssen verstehen, daß die Nöte und Sorgen aller in Niederösterreich lebenden Menschen überaus groß geworden sind. Auch geht es nicht an, daß, wenn jemand von der Landesregierung etwas braucht oder bei einer ihrer Behörden und Ämter vorspricht, die erste Frage an ihn ist: Welcher Partei gehören Sie an? Dieser Zustand muß beseitigt werden.

Anläßlich der Wahlen wurde auch erklärt, daß die Kontrolle der Verwaltung in Niederösterreich verschärft werden muß. Ich glaube, daß das richtig ist. Aber gerade jetzt sind Bestrebungen im Gange, die Kontrolle durch die Opposition in verschiedener Form auszuschalten. Nun, wir werden diesen Bestrebungen entgegentreten, und wir werden Mittel und Wege finden, um auch weiterhin die Kontrolle durchführen und die Bevölkerung informieren zu können. In diesem Sinne werden wir unsere Aufgabe als Opposition im niederösterreichischen Landtag auffassen, als einzige Opposition — ich möchte das unterstreichen —, weil es bei den beiden Regierungsparteien immer wieder so Anwandlungen gibt, nur bei Bedarf sich als Opposition zu bezeichnen. Wir aber, als einzige Oppositionspartei im niederösterreichischen Landtag, werden die Kontrolle der Verwaltung zum Wohle des Landes Niederösterreich und seiner Bevölkerung aufrechterhalten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Vizepräsident Wondrak.

ABG. WONDRAK: Werte Frauen und Herren des Landtages von Niederösterreich! Am 17. Oktober hat das Land Niederösterreich seine Vertreter in den Landtag entsendet. Wir treten heute das erstemal zusammen, beginnen unsere Tätigkeit und wollen versuchen, die hochgespannten Ziele und Erwartungen, wie sie die Wähler sicherlich an uns gestellt haben, auch zu erfüllen. Wir Sozialisten können mit stolzer Befriedigung sagen, daß wir bei dieser Wahl einen Gewinn hatten. Wir sind die einzige Partei, die in dieses Haus stärker zurückgekehrt ist. Dieses Vertrauen, das uns durch die Wählerschaft Niederösterreichs zuteil geworden ist, stärkt uns in dem Bewußtsein und in dem Glauben, daß wir Sozialisten nach wie vor auf dem richtigen Wege sind, auf dem Wege, der es sich zum Ziele setzt, den arbeitenden Menschen im Lande Niederösterreich, soweit es nur irgendwie geht, zu helfen.

Der Herr Abg. Dubovsky hat soeben gesagt, der Wahlkampf hätte seiner Partei recht gegeben, und er hat auch gemeint, daß wir Sozialisten den Marxismus längst vergessen haben und daß wir durch das Zuschanzen von zwei Vorstandsmitgliedern in der niederösterreichischen Arbeiterkammer an die ÖVP. neuerlich den Beweis erbracht haben, wie sehr wir Reaktionäre sind. Wenn der Herr Abg. Dubovsky meint, daß im Verlaufe des Wahlkampfes ihm und seiner Partei recht gegeben wurde, so beglückwünsche ich ihn zu dieser Bescheidenheit, denn wir alle konnten feststellen, daß seine Partei so klein geblieben ist, wie sie immer war und daß von einem Vertrauenszuwachs bei seiner Partei wirklich nicht gesprochen werden kann.

Wenn der Abg. Dubovsky vom Marxismus spricht, so erinnere ich mich daran, daß man früher von der anderen Seite wiederholt hörte, welch fürchterliche, schreckliche Marxisten wir sind — was aber Marxismus ist, wissen wohl die wenigsten Menschen, die darüber reden —, und daß wir weiß Gott welch böse Absichten unter diesem Namen verbergen. Wir wissen, daß der

Sozialismus über ehemalige Grundsätze in verschiedenen Dingen, die uns heute angelastet werden, schon längst hinaus ist. Es ist auch bekannt, daß die Entsendung von zwei Vertretern der ÖVP. in den Vorstand der niederösterreichischen Arbeiterkammer keine Liebedienerei der SPÖ.-Fraktion, sondern auf Grund der Satzungen der Kammer einen legalen Anspruch dieser Partei darstellt, und daß selbstverständlich die sozialistische Mehrheit bei den verschiedenen Vertretungskörperschaften niemals die Absicht hat, Rechte, die irgend einer Partei zustehen, zu beschneiden. Es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, daß man hier reaktionären Kräften — wie Abg. Dubovsky gesagt hat — einen Dienst erwiesen hat.

Was wir Sozialisten vom neu gewählten Landtag von Niederösterreich verlangen, haben wir in unserem Arbeitsprogramm, das wir der Öffentlichkeit zu Beginn der Wahl vorgelegt haben, eindeutig gesagt. Unser Programm ist nichts anderes als eine planmäßig wirtschaftliche Aufbauarbeit im Lande Niederösterreich. Sie soll die Kraftquelle für unsere Industrie, unser Gewerbe und unsere Landwirtschaft aber auch nicht zuletzt für die privaten Haushalte sein, und sie soll die Möglichkeit geben, die wirtschaftlichen Grundlagen in Niederösterreich zu verbessern. Wir sind nämlich der Meinung, daß nur eine Stärkung der niederösterreichischen Wirtschaft die Möglichkeit gibt, in unserem Lande Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Gewiß, der Winter wird uns naturbedingt wieder ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit bringen. Es gibt jetzt und wird auch in der Zukunft immer wieder Gewerbezweige geben, die einfach infolge der Witterungsverhältnisse in unseren Zonen im Winter nicht arbeiten können. Aber über diese Dinge hinaus wissen wir, daß es verschiedene Maßnahmen geben muß, um diese Winterarbeitslosigkeit auf ein Mindestmaß einzuschränken, sodaß den Menschen das bittere Los, im Winter ohne Verdienst dazustehen, wenigstens nur auf kurze Zeit beschieden ist. Wir haben das größte Interesse daran, daß in der Industrie und im Gewerbe immer mehr Dauerarbeitsplätze geschaffen werden, weil das allein für uns die Gewähr ist, daß die Zahl der Arbeitslosen stärker herabgedrückt werden kann. Wir wissen aber auch, daß eine starke niederösterreichische Wirtschaft uns die Möglichkeit gibt, den sozialen Schutz, den sich die Arbeiter- und Angestelltenschaft in diesem Lande erkämpft hat, nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen. Die berechtigten Wünsche der arbeitenden Menschen nach sozialem Schutz gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Invalidität, Alter und Obdachlosigkeit müssen endlich dem Kampf entzogen werden, und die menschliche Gesellschaft muß es als eine Selbstverständlichkeit ansehen, daß der soziale Schutz jedem arbeitenden Menschen auf allen Linien gesichert bleibt. Wir haben auf diesem Gebiete im Lande Niederösterreich noch verschiedenes nachzuholen. Es ist gesagt worden, daß die niederösterreichische Wohnbauförderung bereits erfreuliche Erfolge erzielt hat. Das wird nicht bestritten. Wir müssen aber ausdrücklich unterstreichen, daß die Wohnungsverhältnisse in den Städten und Dörfern Niederösterreichs noch furchtbar schlecht sind, und wenn man darüber hinaus die heute in bescheidenen Zimmer- und Küchewohnungen, von denen man sicherlich nicht behaupten kann, daß sie der Wohnkultur der heutigen Zeit entsprechen, untergebrachten Leute auch als Wohnungssuchende ansieht, so wissen wir, daß hier vor uns eine Aufgabe steht, die erst in Jahrzehnten voll gelöst werden kann. Wenn sich das Land Niederösterreich hier einschaltet und das Äußerste tut, um das selbstverständliche Recht der Menschen auf eine wirklich gesunde, schöne, freundliche und helle Wohnung wenigstens in einem schnelleren Tempo als bisher in Erfüllung zu bringen, so ist das eine erfreuliche Sache und wir Sozialisten werden auf diesem Gebiete alles tun, damit hier eine Besserung eintritt.

Wir haben in diesem Lande noch verschiedene andere große Fragen zu lösen. Wir geben ohne weiteres zu, daß in Niederösterreich die bäuerliche Frage eine große Rolle spielt. Aber letzten Endes gibt es in diesem Lande viele zehntausende Industriearbeiter, Arbeiter in Handel und Gewerbe und in der Landwirtschaft, die auch ein Recht haben, daß sie gehört werden. Wir sind der Meinung, daß der Landtag von Niederösterreich auch für diese meist sozial schwächeren Schichten der niederösterreichischen Bevölkerung ernstlich sorgen müßte, denn gerade diese sind es, die immer wieder warten müssen, ob nicht auch für sie etwas übrig bleibt. Wir wissen, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten durch Kollektivverträge gebunden sind und daher nicht von einer Woche zur anderen geändert oder gar erhöht werden können. Der Arbeiter muß vielmehr immer wieder zur Kenntnis nehmen, daß sich verschiedene Preisspiele auf dem freien Markt voliziehen, die ihn vor die Tatsache stellen, daß er von einer Woche zur anderen für bestimmte Lebensmittel oder Gebrauchsgüter höhere Preise zahlen muß. Das ist Tatsache. Einmal ist es das Fleisch, das andere Mal das Gemüse, dann sind es wieder die Erdäpfel, die im Preis steigen. Kurz und gut, immer wieder ergeben sich Preiserhöhungen, und der Arbeiter bekommt am Samstag nur seinen kollektivvertraglich festgesetzten Lohn, den zu ändern er nicht in der Lage ist. Horchen Sie einmal in die Werkstätten unserer Fabriken und Betriebe hinaus, mit welchem Gefühl der Erbitterung diese Entwicklung von den arbeitenden Menschen verfolgt wird, und Sie werden erkennen, daß wir hier noch viel zu tun haben, um die Stabilisierung der Wirtschaft in einer Form

zu gewährleisten, daß niemand dadurch zu Schaden kommt.

Wir Niederösterreicher haben aber auch noch an etwas anderes zu denken. Wenn wir uns vornehmen, daß wir alles daran setzen werden, um gemeinsam die wirtschaftlichen Nöte unseres Landes zu lindern, so bleibt uns etwas hängen, von dem wir fast annehmen könnten, daß es nur schwer zu beheben ist. Auf uns lastet nämlich das Bleigewicht einer nun fast 10-jährigen Besetzung, und der Landtag muß bei seinem ersten Zusammentreten, wie es schon geschehen ist, mit allem Nachdruck betonen, daß wir mit Entsetzen wahrnehmen müssen, daß wir trotz feierlicher Pakte und trotz feierlicher Versprechungen heute nach fast zehn Jahren immer noch den Zustand der Besatzung auf uns nehmen müssen. Wir müssen in die Welt hinausrufen: Macht endlich Schluß mit diesem unwürdigen Zustand, weil wir überzeugt sind, daß es für ein freies Volk, für ein Kulturvolk, das schon so viel für die gesamte Menschheit getan hat, unwürdig ist, es weiterhin besetzt zu halten. Ich bin der Meinung, daß wir das Betteln um unsere Freiheit nicht so ansehen dürfen, daß man sagt, es wird bereits eine langweilige Angelegenheit. Ich glaube, der Kampf eines Volkes um seine Freiheit kann nie langweilig werden *(Beifall bei den Sozialisten)*, sondern wir müssen immer wieder unsere ganze Kraft einsetzen, damit unsere berechtigten Forderungen, die uns zustehen, auch tatsächlich erfüllt werden.

Es ist nun, meine sehr verehrten Frauen und Herren, die Frage zu prüfen, ob die Mehrheitspartei auch die Voraussetzungen geschaffen hat, damit der neugewählte Landtag seine Aufgaben erfüllen kann. Hier kann ich sehr kurz sein. Wir müssen folgendes feststellen: Obwohl der Landtag seit 17. Oktober gewählt und die parteipolitische Zusammensetzung des Hauses allgemein bekannt ist, hat die Mehrheitspartei nichts unternommen, um in irgendeiner Form jene Voraussetzungen zu schaffen, die in jeder parlamentarischen Körperschaft eine Selbstverständlichkeit sind, nämlich mit den anderen Parteien darüber zu reden, wie sich die Arbeiten in dem neugewählten Landtag vollziehen können. Wir müssen noch mehr feststellen, nämlich daß Zusagen der Mehrheitspartei, die dahin gegangen sind und es erscheinen ließen, daß es demnächst zu solchen Besprechungen kommt, seitens der Mehrheitspartei nicht eingehalten worden sind. Es mag sein, daß die Mehrheitspartei in der Auslegung der Geschäftsordnung der Meinung ist, daß sie es nicht nötig hat, mit den anderen Parteien zu sprechen. Wir Sozialisten sind einer anderen Auffassung. Wie die Landesverfassung davon spricht, daß die Zahl der Landesregierungsmitglieder nach dem Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien aufzuteilen ist, so ist es selbstverständlich dem Geiste der Verfassung nach gar nicht anders zu verstehen, daß man darunter auch meint, daß die Verwaltungsressorts im gleichen Verhältnis zur Aufteilung kommen sollen. Im Artikel 34 der niederösterreichischen Verfassung ist das sehr eindeutig zu lesen, wo es heißt: „Die Landesregierung übt die Vollziehung hinsichtlich des selbständigen Wirkungskreises des Landes durch ihre Mitglieder aus." Es steht nicht drinnen: „durch ein oder das andere Mitglied", sondern „durch ihre Mitglieder", also durch die Gesamtheit der Landesregierung.

Sie werden verstehen, daß wir angesichts dieser Haltung, die Sie uns da entgegengebracht haben, mit großem Zweifel erfüllt sind, ob Sie eine ehrliche Zusammenarbeit wirklich anstreben. Wir haben nun folgendes zu dieser Situation zu sagen: Ihr Verhalten, das Sie uns da entgegengebracht haben, empfinden wir als die einzige Partei, die nach diesen Wahlen stärker als bisher in dieses Haus zurückgekehrt ist, als eine Brüskierung, ich möchte fast sagen, als eine Herausforderung, umsomehr als doch die Wahlen deutlich gezeigt haben, daß Sie *(zur Seite der ÖVP. gewendet)* doch nicht die Mehrheit der niederösterreichischen Wählerschaft vertreten, und daß Sie daher alle Ursache hätten, mit uns, mit der zweitstärksten Partei über die zweckmäßige Gestaltung der niederösterreichischen Landesverwaltung zu sprechen. Wir stellen diese Tatsache ausdrücklich fest, und wir sind durch Ihr Verhalten zu unserem Bedauern gezwungen, den Schluß zu ziehen, daß die Österreichische Volkspartei eine ehrliche Zusammenarbeit mit der sozialistischen Partei überhaupt nicht will und daß auf eine Zusammenarbeit mit ihr kein Wert gelegt wird. Wir legen gegen dieses Ihr Vorgehen unseren schärfsten Protest ein, weil wir der Überzeugung sind, daß eine solche Brüskierung unserer Partei absolut nicht durch das Ergebnis der letzten Landtagswahlen gerechtfertigt ist. Ihr Verhalten gibt uns daher keine Gewähr, daß die Vertretung der Interessen des Landes erfolgreich geführt werden kann. Sie haben immer durch die ganz einseitige Wahrnehmung Ihrer Parteiinteressen gezeigt, daß Ihnen die Landesinteressen nicht am Herzen liegen, sondern daß Sie darauf bedacht sind, sich in diesem Lande eine Position zu schaffen, von der Sie meinen, daß sie Ihre parteipolitisch engherzigen Ziele erreichen können. Wir Sozialisten sind daher genötigt, solange Sie Ihre Haltung nicht ändern, auch eine derartige Stellungnahme einzunehmen. Wir sind das unseren Wählern schuldig, weil diese den Zustand, wie er sich in den letzten Monaten im Lande eingeführt hat, ganz einfach nicht verstehen. Wir werden, um es deutlich zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns eine solche Behandlung gefallen zu lassen, zum Protest dagegen die heutige Sitzung verlassen, weil wir die Überzeugung haben, daß die Interessen des Landes insolange nicht gewahrt sind, als Sie sich nicht entschließen, eine ehrliche Zusammenarbeit mit uns

durch eine richtige Aufteilung der Verwaltungsressorts herbeizuführen. Wir verlassen daher den Sitzungssaal. *(Zwischenrufe des Abg. Stangler. — Abg. Dr. Steingötter: Ruhig Stangler! — Zahlreiche Zwischenrufe und Lärm. — Abg. Stangler: Was ist das für eine Demokratie, Herr Bürgermeister von St. Pölten? — Abg. Hainisch: Wer war denn dieser Wildling? — Rufe rechts: Der Steingötter! — Abg. Hainisch: Na so geht das nicht! — Die Abgeordneten der SPÖ. verlassen den Saal.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Hilgarth.

ABG. HILGARTH: Wir haben vom Herrn Redner der Sozialistischen Partei soeben gehört, daß seine Partei auf die Zusammenarbeit im künftigen Landtag den allergrößten Wert legt. Diese jetzige Demonstration zeigt aber nur zu deutlich, wie diese Zusammenarbeit in der Zukunft sein soll.

Wenn der Herr Landeshauptmann in seiner Regierungserklärung, die er abgegeben hat, in Kürze ein Programm aufgestellt hat, wird es mir leicht, dazu Stellung zu nehmen, weil es jetzt nicht mehr notwendig ist, in diese Dinge etwas weiter hineinzuleuchten. Es ist aber interessant, daß der Herr Landeshauptmann am Beginn seiner Ausführungen eine wesentliche Feststellung in Bezug auf das Ergebnis der Wahl vom 17. Oktober in Niederösterreich gemacht hat. Er stellte fest, daß auch im kommenden Landtag keine Partei der äußersten Rechten in diesem Hause Sitz und Stimme hat, und er leitete daraus den Schluß ab, daß damit die niederösterreichische Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat, daß sie jeder extremen Politik in diesem Hause abhold ist. Dazu möchte ich aber eine Ergänzung machen. Sie besteht darin, daß die niederösterreichische Bevölkerung nicht nur eine äußerste Rechte, sondern auch eine äußerste Linke abgelehnt hat. Wir können wohl kaum davon reden, daß sich hier irgendetwas anderes ergeben hat als bisher, weil auf die Partei der äußersten Linken nach wie vor nicht mehr als höchstens 5 Prozent der niederösterreichischen Wählerstimmen entfallen sind. Ich muß es als eine große Anmaßung der äußersten Linken betrachten, wenn sie immer davon spricht, daß sie die Vertreterin des werktätigen Volkes Niederösterreichs ist, denn wenn diese werktätige Bevölkerung Niederösterreichs nur 5 Prozent ausmachen würde, dann würde es um die Wirtschaft unseres Landes sehr traurig bestellt sein. Alle Vorträge, die von Seite der äußersten Linken in den verschiedenen Sendungen des Senders Wien I erfolgen, sind doch nur eine Täuschung, denn alle, die die Verhältnisse kennen, glauben doch nicht, daß hier jemand im Namen der Mehrheit der österreichischen und besonders der niederösterreichischen Bevölkerung spricht. Wenn wir in solchen Vorträgen vom Weltgewerkschaftsbund hören, dann wäre es wohl besser, diesen einfach als kommunistischen Gewerkschaftsbund zu bezeichnen. Oder wenn vom Friedensrat der Ravag gesprochen wird, was stellt sich schon der gewöhnliche Bürger darunter vor, nichts anderes als einen Rat der dort angestellten kommunistischen Mitglieder der Ravag, wobei ich bezweifle, daß diesem Friedensrat überhaupt alle kommunistischen Mitglieder der Ravag angehören. Auch schon Ihr eigener Name *(zur Seite der VO. gewendet)* ist eine solche Täuschung, denn was Sie als „Österreichische Volksopposition" ausgeben, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Vertretung der Kommunistischen Partei in diesem Landtag. Daher Maske herunter, reden wir mit offenem Gesicht über diese Verhältnisse, und ich bin überzeugt, Sie würden vielleicht einen besseren Wahlerfolg nach Hause bringen, wenn Sie nicht unter einem fremden Namen, sondern mit ihrem richtigen Namen in die Bevölkerung gehen würden. *(Abg. Dubovsky: Wie z. B. Arbeiter- und Angestelltenbund!)* Lassen Sie den Arbeiter- und Angestelltenbund aus dem Spiel! Sie wissen, daß wir immer die Meinung der Österreichischen Volkspartei bei solchen Entscheidungen an die Spitze aller unserer Handlungen stellen.

Wenn hier weiters davon die Rede war, daß wir Mitglieder der ÖVP. als die sogenannten Reaktionäre hingestellt werden, so ist das denn doch ein ganz gewöhnlicher Dreh, den man nicht genügend verurteilen kann. Bis jetzt war die Geschichte immer so, daß man die Eigenschaft der Reaktion der sogenannten WdU. zugeteilt hat. Nun ist aber die WdU. tatsächlich von der Bildfläche mehr oder weniger verschwunden, und daher geht diese Propagandawalze der Volksopposition nicht mehr richtig, weil eben das Objekt fehlt, dem man diese Eigenschaft der Reaktion und alles was damit verbunden ist, andichten kann. So muß also ein anderer Prügelknabe her, und dieser Prügelknabe ist jetzt die Österreichische Volkspartei. Meine Herren, ob Sie *(zur Seite der VO. gewendet)* mit einer solchen Propaganda der österreichischen Bevölkerung und unserem niederösterreichischen Heimatlande einen besonderen Dienst erweisen, das lasse ich dahingestellt, denn wir wissen genau, wo die Fäden einer solchen Propaganda angefangen haben und wo sie enden. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Berlin — das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen — wird von uns genau so mißbilligt, wie von Ihnen. *(Abg. Dubovsky: Dort sind Ihre Parteigänger!)* Diese Entscheidung hat unsere Partei abgelehnt, und ich verwahre mich im Namen meiner Fraktion entschieden dagegen, als eine Partei hingestellt zu werden, die einen Anschluß wie im Jahre 1938 herbeiführen will. Sie haben ganz richtig gesagt, daß Sie sich dagegen wehren, daß unser Heimatland neuerlich eine Ostmark

eines deutschen Reiches wird, wir aber wehren uns dagegen, daß dieses Land eine Westmark eines Ostblockes wird! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Ergänzung sage ich außerdem noch folgendes: Es war von der Besatzungsmacht gut und klug, wenn sie die Wahlpropaganda der WdU. nicht unterbunden hat. Wenn die Besatzungsmacht nämlich hier stärker eingegriffen hätte, dann hätten die Kreise des WdU. heute die Ausrede, daß sie nur der Gewalt gewichen seien, aber nicht der inneren Überzeugung. Es wäre aber dann das Ergebnis dieser Wahl, nämlich die Niederlage der WdU., wesentlich anders ausgewertet worden, als es jetzt möglich ist. Es ist gut, daß dieser Zustand eintrat, und ich bin der festen Überzeugung, daß dieses Wahlergebnis, wenn es nicht absichtlich in ein schiefes Licht gestellt wird, auch außenpolitisch seinen Erfolg nicht verfehlen wird. Mit dem Vorwurf der Reaktion, meine Herren, rennen Sie also bei uns offene Türen ein. Wir haben keine Lust und Liebe, so wie ich ausgeführt habe, in irgendwelche fremde Mächtegruppen einbezogen zu werden.

Sie haben weiters in Ihren Ausführungen auf die Sorge um die Randgemeinden hingewiesen. Ich möchte betonen, daß die Frage der Randgemeinden im Wahlkampf eine wesentliche Rolle gespielt hat, und daß so manche Gruppen und Grüppchen ihre Hoffnungen auf das setzten, was an Unzufriedenheit in die Randgemeindenbevölkerung hineingetragen wurde. Das Wahlergebnis hat aber klar entschieden. Die Bevölkerung der Randgemeinden hat sich für Niederösterreich bekannt und es ist erstmalig so, daß diese Bevölkerung nicht nur ihre politischen Vertreter in diesen Landtag entsendet hat, die zu bestimmen haben, was geschieht, sondern daß endlich auch die Zweigeleisigkeit, nämlich Verwaltung durch ein fremdes Bundesland und politische Vertretung durch Niederösterreich, endlich ein Ende gefunden hat. Nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß meine Fraktion alles unternehmen wird, um die Bewohner der Randgemeinden vor jeder Schädigung, die aus der Trennung von Wien und der Eingliederung in Niederösterreich allenfalls entstehen könnte, zu schützen und sie mit praktischen Mitteln zu unterstützen.

Wenn ich weiters über das Wahlergebnis spreche, so ist es vielleicht gerade jetzt unangenehm, daß nicht auch mein Vorredner, der Herr Präsident Wondrak, hier im Saale anwesend ist. Ich muß ihm schon sagen, daß mit der Wahlniederlage der WdU. in Niederösterreich auch eine solche der Sozialistischen Partei verbunden ist, denn wir wissen ganz genau, welche Hoffnungen sich die Sozialisten auf die Unterstützung seitens dieser Gruppe gemacht haben. Der Kampf, um den es am 17. Oktober gegangen ist, war groß, und alle Mitglieder des Hohen Hauses, soweit sie schon im alten Landtag waren, wissen aus den Debatten, die hier im Hause und auch in den Ausschüssen geführt wurden, ganz genau, daß uns seit dem Jahre 1953 nicht nur einmal, sondern öfters der Vorwurf gemacht wurde, daß wir von der ÖVP. nicht mehr die Mehrheit der niederösterreichischen Bevölkerung vertreten und daher abzutreten hätten. Wenn der Herr Präsident Wondrak auch heute wiederum diese Behauptung aufgestellt hat, so muß ich ihm entgegnen, daß er die Ziffernsprache des Wahlergebnisses nicht richtig auffaßt, denn rund 51 Prozent der Wähler Niederösterreichs haben ihre Stimme für die ÖVP. abgegeben, und nach allen Berechnungen ist halt 51 Prozent die absolute Mehrheit, und ich glaube, darüber kann man nicht einfach hinweggehen. Wenn hier ein Streit zwischen den beiden Linksparteien über die Wertigkeit des Marxismus entsteht, werden wir uns nicht hineinmischen; diesen Streit sollen sich diese beiden Gruppen selbst austragen, denn wir wissen, was wir von den verschiedenen Spielarten dieser Weltanschauung zu halten haben.

Es wurde auch gesagt, daß wir Reaktionäre sind, weil wir die Ausschüsse in den Randgemeinden nach dem Ergebnis der letzten Wahl, die stattgefunden hat, provisorisch zusammensetzen ließen. Ich bin der Überzeugung, daß diese Gemeinden in kurzer Zeit selbst Wahlen abhalten werden, und welchen Erfolg dann die WdU. in diesen Gebieten haben wird, das wird die Zukunft lehren. Es wäre unklug, wie ich es zuvor erklärt habe, heute hier einzugreifen, weil das keinesfalls den demokratischen Spielregeln entspricht.

Es ist sicherlich so, daß wir bestrebt sind, hier in diesem Hause positive Arbeit zu leisten. Diese positive Arbeit hat der abgetretene Landtag bereits begonnen und in vielen Dingen auch vollendet. Alles das, was der Herr Landeshauptmann heute in seiner Regierungserklärung aufgezählt hat, ist bereits das Arbeitsprogramm, das der abgetretene Landtag vollbracht oder zumindest vorbereitet hat. Am neuen Landtag wird es liegen, diese positive und erfolgreiche Arbeit für Niederösterreich fortzusetzen. Nach der Zusammensetzung des Landtages, wie sie sich auf Grund der Wahl vom 17. Oktober ergeben hat, ist es erfreulich, daß ein großer Teil der Abgeordneten des früheren Landtages wieder hier im Hause Sitz und Stimme hat, denn dadurch ist die Kontinuität der Tätigkeit des Landtages gesichert. Es freut uns aber auch, daß viele junge Mitglieder in diesen neuen Landtag eingezogen sind, denn dadurch haben wir die Gewähr dafür, daß die Arbeiten mit neuen Ideen befruchtet und umso besser für unsere niederösterreichische Bevölkerung zur Ausführung kommen werden.

Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß gerade die Österreichische Volkspartei die Tätigkeit des Landtages auf einer festen Grundlage auf-

bauen kann, denn hauptsächlich sind es ja ihre Vertreter gewesen, die im Rahmen der Bundesregierung für alles das gesorgt haben, was eben die Voraussetzung für eine ersprießliche Tätigkeit eines jeden Landtages bildet: Stabile Währung, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, positive Außenhandelsergebnisse, Kapitalsbildung durch Sparsamkeit, Vertrauen zur Währung und — vor allem für die Bevölkerung nicht uninteressant und von ihr nicht unbeeinflußt — für die kommende Zeit bereits die zweite Steuersenkung in Vorbereitung. Alle diese Dinge sind Zeichen eines wirtschaftlichen Aufstieges, mit dem sich auch die wirtschaftliche Tätigkeit in Niederösterreich heben wird. Wir sind stolz darauf, daß es gelungen ist, einige Größbaustellen nun endlich auch in Niederösterreich errichten zu können. Wenn davon gesprochen wurde, daß die Elektrifizierung fortgesetzt wird, daß die Kamptalwerke ausgebaut werden, daß Wasserschutzbauten in größtem Umfange aufgenommen sind, daß die Autobahn von Salzburg bis Wien ihre Vollendung in Niederösterreich finden wird, dann ist, glaube ich, nur einiges davon genannt, was dazu beitragen wird, um auch Niederösterreich endlich einmal einen wirtschaftlichen Aufschwung für die Dauer zu sichern, der notwendig ist, um eine wirkliche Bekämpfung der allgemeinen Arbeitslosigkeit und der Winterarbeitslosigkeit durchführen zu können.

Das Wort „Wohnbauförderung" ist heute schon des öfteren ausgesprochen worden. Wir legen den größten Wert darauf, daß wir mit der Frage der Wohnbauförderung zwei Dingen an den Leib rücken, nämlich der Wohnungslosigkeit an sich und der Möglichkeit, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit intensiv führen zu können. Wir haben nur eine andere Grundidee bei der Herstellung von Wohnungen: Nicht Großbauten mit Mietern der Wohnungen, sondern Eigenheime mit Eigentümern dieser Wohnungen. Das ist das Programm, das die ÖVP. auf diesem Gebiet bringt.

Es freut mich ganz besonders, daß in der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes die kulturellen Forderungen an der Spitze gestanden sind. Was er über die bäuerlichen Fortbildungsschulen und Berufsschulen, über die gewerblichen Fortbildungsschulen, aber auch über die Pflichtschulen und den Schulbaufonds ausgeführt hat, beweist, daß sich das Land trotz aller wirtschaftlichen Sorgen bewußt ist, daß die kulturellen Forderungen unserer Bevölkerung das Primärste auf dem Gebiet unseres Landes darstellen, denn vielfach kann sich der wirtschaftliche Erfolg nur auf einer geistigen Ebene entwickeln.

Wenn wir nach dem Jahre 1945 im großen und ganzen drei Aufgaben als Probleme zur Lösung für die öffentliche Hand bekommen haben, so möchte ich sie wie folgt bezeichnen: Die Sorge um die Nahrung, die Sorge um die Kleidung und die Sorge um die Wohnung des Menschen. Die Sorge um die Nahrung ist überwunden. Die Sorge um die Kleidung steht im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung, und die letzte Aufgabe, die uns bevorsteht, nämlich die notwendigen Wohnungen zu schaffen, hat das Land Niederösterreich in großzügigster Weise in Angriff genommen und es wird sie in dieser großzügigen Art auch in der Zukunft fortsetzen. Ich glaube, daß wir der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes nichts anderes hinzuzufügen haben, als daß wir als Mehrheitspartei dieses Landes, welche die Mehrheit der niederösterreichischen Bevölkerung auch ziffernmäßig vertritt, dafür sorgen werden, daß dieses Programm in den nächsten fünf Jahren erfüllt wird.

Wenn abschließend das Wort „Freiheit" von jedem Redner in den Mund genommen wurde, so möchte ich hier auch die Stellungnahme unserer Partei ganz kurz charakterisieren. Vor Jahren vielleicht war für uns noch die wichtigste Vaterunser-Bitte: „Herr, gib uns unser tägliches Brot!" Sie wurde durch den Fleiß und die emsige Arbeit unserer Bevölkerung, namentlich der Bevölkerung des flachen Landes, der bäuerlichen Bevölkerung, erfüllt. Immer mehr aber haben wir empfinden müssen, daß die Frage der Unfreiheit fast zu einer selbstverständlichen Angelegenheit der Bevölkerung wird. Je mehr das Besatzungsregime gemildert wurde, umso selbstverständlicher wurde es von der Bevölkerung hingenommen, nur an einzelnen Fällen spürt man, daß der Mensch — das ist nicht nur in Niederösterreich der Fall, sondern auch im gesamten Bundesgebiet — noch immer nicht den wichtigsten Schatz und das beste Gut des Menschen besitzt: Die Freiheit! Wir empfinden daher auch in der ÖVP. diese Unfreiheit als das größte Übel, das uns heute noch beschert ist, und daher halten wir jetzt noch die letzte Vaterunser-Bitte heute als das Wichtigste: „Herr, erlöse uns von diesem Übel". *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird schriftlich bekanntgegeben werden.

Die konstituierende Landtagssitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 13 Uhr 20 Min.)